

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 6 (1965)
Heft: 3

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

YES SIR, RITEX — für Männer mit Persönlichkeit. Denken Sie beim Einkauf daran — verlangen Sie RITEX-Qualitätsbekleidung.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG, Zofingen.

Indien als Indiz des Konflikts

Nach fast einem Monat Bedenkzeit hat Peking entschieden, dass die eigentlichen Urheber der Massenverhaftungen von Kommunisten in Indien nicht die Kräfte der Reaktion in der Regierung, sondern die moskautreuen Kommunisten im Bündnis mit den Imperialisten seien. Mit dieser Interpretation hat China deutlich zu verstehen gegeben, wie wenig ihm an einer Versöhnung mit der gegenwärtigen Sowjetführung gelegen ist.

Die Verhaftung von rund 800 Kommunisten des Pekinger Lagers hatte in den letzten Dezembertagen im indischen Staat Kerala stattgefunden. Das war zwei Monate nach der formellen Errichtung einer prochinesischen KP in Indien (de facto war der Bruch zwischen den beiden Fraktionen schon vollständig gewesen) und zwei Monate vor den Neuwahlen in Kerala. Dieser Staat, der bereits von 1956 bis 1959 eine kommunistische Regierung hatte, ist noch immer die stärkste KP-Bastion des Landes. In den indischen Parlamentswahlen von 1962 errang damals die noch einige KPI 43 Prozent der Stimmen. Inzwischen hatte die prochinesische Partei an Boden gewonnen, wie schon letztes Jahr vor dem offiziellen Bruch mit Danges moskowitischer Partei die Ergebnisse von Nachwahlen aufgezeigt hatten. Die «Chinesen» hatten dieses Jahr reelle Aussichten, sowohl die regierende Kongresspartei als auch die alteingesessene KP zu schlagen.

Das behördliche Eingreifen deckte sich also auch mit den Interessen

der Dange-Partei, die dort ihre Position von den radikalen Scharfmachern bedroht sah. Allerdings beilegte sie sich nach den Verhaftungen in der Rivalensektion, einen offiziellen Protest einzulegen, der aber sehr milde ausfiel. Ähnlich kurz und unverbindlich waren die Proteste in der Sowjetunion und den ihr ergebenen Parteien.

Gespannt aber durfte man auf die Reaktion Pekings sein. Ein erster Bericht in der Agentur «Hsin Hua» liess bis zum 18. Januar auf sich warten, bestand vornehmlich aus Pressezitaten und behielt sich alle Ausdeutungen vor. Diese sind jedoch am 23. Januar erfolgt, und zwar in Form einer Uebernahme eines albanischen Artikels aus «Zeri i Popullit». Darin wird der «indischen Reaktion» attestiert, sie sei «von den Imperialisten und den modernen Revisionisten zur Adaptionierung faschistischer Methoden angetrieben» worden. Auch habe Indien mit diesem Schritt gehofft, weitere militärische und wirtschaftliche Hilfe von den Imperialisten und Revisionisten zu erhalten.

Hauptschuldige dieser Version, die Peking so gut wie übernommen hat, sind also nicht die Klassenfeinde in Indien, sondern die «Bruderparteien» in Verbindung mit den Amerikanern. Wenn das der Auftakt zur Versöhnung sein soll...

Aus drei Maschinen mach eine

Die «Prawda» vom 21. Januar berichtet:

Ein Werk in Buschewez (Bezirk Kalinin) muss der Eisenbahnverwaltung Sämaschinen für Grassaaten liefern. Für jede Sämaschine sind drei Behälter für die Grassaaten nötig. Das Werk in Buschewez baut diese drei Behälter, die etwa 100 Rubel kosten würden, nicht selbst, sondern kauft von zwei anderen Werken drei fabrikneue Sämaschinen für Körneraaten für zusammen 800 Rubel, montiert die Saatbehälter für die eigene Weiterverwendung ab und verschrottet den Rest der gekauften Sämaschinen.

Warum wohl? Wenn das Werk in Buschewez von den anderen Werken nur die Behälter allein kaufen würde, so könnte es nur 100 Rubel für die zugekaufte Fremdware verbuchen, im anderen Fall aber 800 Rubel. Diese 800 Rubel tragen aber dazu bei, die Plannormen zu erfüllen bzw. überzuerfüllen und damit die Aussichten auf Betriebsprämien zu verbessern.

Die Kalkulation sieht für den Betrieb jetzt so aus: Selbstkosten der Sämaschine für Grassaaten 2411 Rubel, Verkaufspreis zuzüglich erlaubter Gewinnnorm 3000 Rubel.

Der Werkdirektor in Buschewez kann diese «Operation» natürlich nur mit Zustimmung der vorgesetzten Planbehörden durchführen. Diese sehen aber nicht den wirtschaftlichen Unsinn, der darin besteht, dass man drei fabrikneue Maschinen zerstört, um eine neue zu bauen, sondern nur die Tatsache, dass ein erhöhter Umsatz (noch bessere Planerfüllung) erzielt wird. (Auf diese Weise wurden 1963 und 1964 bereits 150 fabrikneue Sämaschinen für Körneraaten zerstört, 80 weitere sollten 1965 folgen.)

Die Redaktion der «Prawda» ist über diesen Fall so aufgebracht, dass sie das Kontrollkomitee beim RSFSR-Ministerrat zur Untersuchung auffordert. Wahrscheinlich soll ein Exempel statuiert werden, um analoge Fälle zu unterbinden. Der von der «Prawda» interviewte zuständige Planungsbeamte sieht in diesem Fall übrigens nichts Besonderes.

Warschau in Zahlen

Kunterbuntes statistisches Material über die polnische Hauptstadt hat «Polityka», Warschau, veröffentlicht. Einige Auszüge aus der launigen Zusammenstellung: Warschau zählt 1,25 Millionen Einwohner oder 1,5 Personen pro Zim-

mer. Ihren Sitz in Warschau haben: Staatsrat, Ministerrat, Oberstes Gericht, Oberste Staatsanwaltschaft, zahlreiche Institutionen im Ministeriumsrank, 5 Komitees, ein Hauptkomitee, ein nationales Komitee, 5 Ämter, 3 Hauptämter, 2 Zentralverwaltungen, 3 Regierungskommissionen, eine Hauptkommission, eine Staatskommission, eine Zentralkommission. Die Mehrzahl dieser Ämter funktioniert, teils aber unnötigerweise. Es gibt rund 40 Minister und etwa 110 Vizeminister. Jeder dreizehnte Einwohner ist ein Beamter. 82 nationale Vereinigungen sind hier ansässig, ferner 18 Zentraladministrationen, 7 Zentralverbände, 20 Handelszentralen und einige Dutzend Nischhandelszentralen. Man zählt 3500 Generaldirektoren und eine entsprechende Anzahl von Vize-direktoren.

Auf 1000 Einwohner entfallen 2,3 Scheidungen, was Landesrekord bedeutet. In Warschau gibt es 182 Staatsanwälte, 142 Berufsrichter, 23 Gerichtsvollzieher, 1147 Advokaten, 80 Dichter und 100 Kernphysiker.

Von den Wohnungen haben 20 Prozent keine Wasserleitungen, 30 Prozent keine Kanalisation, 40 Prozent kein Gas und 44 Prozent keine Zentralheizung. Trotzdem steht die Stadt bezüglich sanitärische Einrichtungen immer noch besser da als Paris.

Im Jahresdurchschnitt werden 3725 Rowdyüberfälle registriert, ferner 80 000 ausländische und 450 000 inländische Touristen. Ins Ausland fahren jährlich bereits 40 000 Warschauer, so dass ein Anstieg im Waren- und Devisenschmuggel festgestellt werden konnte. Auf zehn Einwohner entfällt ein Telephonapparat; drei Zehntel der Abonnenten sind Behörden.

Die Zahl der Strassenlampen beläuft sich auf 38 000. Davon sind 30 Prozent als Folge des Halbstarcken Spielbetriebs oder aus andern technischen Gründen ausser Betrieb.

Schweizer Konkurrenz — keine Chance

Ein Kompliment für die Schweiz enthielt ein ungarischer Pressekommentar, der sich kritisch mit der Produktion im eigenen Land befasste.

Die Parteizeitung «Nepszabadsag», Budapest, berichtete über einen Auftrag für Bohrmaschinen, der von den Comeconstaaten an Ungarn vergeben worden war. Die Massenproduktion sollte 1966 beginnen, aber noch immer müssten die Maschinen aus der Schweiz importiert werden. Es sei zuviel von Ungarn verlangt, habe der Verantwortliche des Werkes geklagt, solche Präzisionsinstrumente zu produzieren, «während sich die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ostdeutschland vier Jahre lang als unfähig erwiesen haben, die Genauigkeit der schweizerischen Produkte zu erreichen.»